



Mitteilungsblatt der Gemeinde Raidwangen

Amtl. Bekanntmachungen von der Gemeindeverwaltung. Herausgeber VERLAG WAGNER GmbH, 7000 Stuttgart.
Verlag u. Druck: Verlag Wagner GmbH, 7 Stuttgart 1, Postfach 542, Telefon: 23 29 03 (0711).
Verantwortlich für den Inhalt: G. Wagner, Stuttgart. Anzeigenschluß jeweils montags.

9. Jahrgang/ab

Freitag, den 2. März 1973

Nummer 9

Amtliche Bekanntmachungen

Pockenschutzimpfung

Auf die bereits angekündigte Pockenschutzimpfung am 7. 3. 1973 ab 7.45 Uhr in der Gemeindehalle wird nochmals hingewiesen. Erstgeimpft werden alle Kinder, die das 1. Lebensjahr vollendet haben. Die Sorgeberechtigten der Impflinge haben eine Benachrichtigung erhalten, aus der die Uhrzeit der Impfung ersichtlich ist. Die Merkblätter für die Erst- und Wiederimpfungen sind zur Impfung unbedingt ausgefüllt und von einem Sorgeberechtigten unterschrieben mitzubringen.

Die Nachschau findet am Mittwoch, 14. 3. 1973 um 8.15 Uhr statt.

Einstellung von Beamtenanwärtern für die Laufbahn des mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienstes

Bei den Landratsämtern des Regierungsbezirks Stuttgart und bei der Regierungsoberkasse Stuttgart werden zum 1. September 1973 Beamtenanwärter für die Laufbahn des mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienstes (Regierungsassistentenanwärter) eingestellt:

Bewerben können sich Deutsche, die höchstens 32 Jahre alt sind bzw. Angestellte, die höchstens 40 Jahre alt sind und mindestens 5 Jahre im öffentlichen Dienst mit Aufgaben beschäftigt wurden, die üblicherweise von Beamten des mittleren Verwaltungsdienstes wahrgenommen werden. Die Bewerber müssen ferner eine Haupt- oder Realschule mit Erfolg besucht haben oder einen entsprechenden Bildungsstand besitzen.

Bewerbungen können bis zum 1. März 1973 beim Regierungspräsidium Stuttgart, 7 Stuttgart 1, Breitscheidstraße 4, oder beim nächsten Landratsamt eingereicht werden.

i. A. Blanz

Eichgesetz;

hier: Eichung der Meßgeräte

Die Durchführung der Eichung der Meßgeräte im Altkreis Nürtingen, die letztmals im Jahre 1970/71 stattgefunden hat, ist für die Zeit vom 27.2.1973 bis 18.10.1973 vorgesehen. Das Eichamt Reutlingen wird den einzelnen Gemeinden den Zeitpunkt rechtzeitig mitteilen. Außerdem werden die Meßgerätebesitzer, soweit sie dem Eichamt bekannt sind, entsprechend benachrichtigt.

Nach § 7 Abs. 2 und § 8 Abs. 1 des Eichgesetzes in Verbindung mit der Verordnung über Ausnahmen von der Eichpflicht (Eichpflicht-Ausnahmeverordnung) vom 26.6.1970 (BGBl. I S. 960) sind Ausnahmen von der Eichpflicht möglich, z. B. für Meßgeräte zur Bestimmung des Volumens und der Masse bis 3000 kg, die in landwirtschaftlichen Betrieben im geschäftlichen Verkehr bereitgehalten werden und deutlich erkennbar als nicht geeicht gekennzeichnet sind sowie Maßstäbe und Meßbänder von 2 Meter und weniger, die im Bauhauptgewerbe, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe verwendet werden.

Die Eichbeamten werden bei der Durchführung der örtlichen Eichtage die betreffenden Meßgerätebesitzer auf die Möglichkeit der Befreiung bestimmter Meßgeräte von der Eichpflicht aufmerksam machen und je nach Angabe die Meßgeräte entweder eichen oder aber entsprechend kennzeichnen.

Wer Meßgeräte trotz Aufforderung weder zur Eichung noch zur Kennzeichnung vorlegt, handelt ordnungswidrig. Festgestellte Ordnungswidrigkeiten werden geahndet. Meßgerätebesitzer, die ihre Meßgeräte als nicht geeicht kennzeichnen lassen, werden vom Eichamt zu späteren Eichungen ihrer Meßgeräte nicht mehr schriftlich aufgefordert. Sie sind aber dafür verantwortlich, daß ihre Meßgeräte jederzeit deutlich erkennbar als nicht geeicht gekennzeichnet sind und der Verwendungsbereich sich im Sinne des Eichgesetzes nicht geändert hat.

1. Änderung des Bebauungsplanes "Weinberggärten"

Das Landratsamt hat die vom Gemeinderat am 15.12.1972 beschlossene Änderung des Bebauungsplanes Weinberggärten mit Erlaß vom 14.2.1973 - 401-612.21 N Sche/Gr - genehmigt. Der Bebauungsplan liegt vom 2.3.1973 - 19.3.1973 je einschl. auf dem Rathaus während der üblichen Dienststunden öffentlich aus. Er wird mit dem Tage der Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Gemeinderatssitzung vom 21. 2. 73

(fr) Der Gemeinderat befaßte sich in seiner letzten Sitzung auch mit der Zielplanung. Presseberichte und auch sonstige Informationen zeigen, daß sie in Stuttgart von der Landesregierung vorangetrieben und zum Abschluß gebracht werden will. Der Württ. Gemeindetag hat an seine Mitgliedsstädte und -gemeinden und deren Gemeinderäte in einem Sonderdruck seine Auffassung dazu kundgetan. Dies war mit ein Anlaß zu einer Diskussion im Gemeinderat. Nach den Auffassungen der Landesregierung haben Gemeinden unter 2000 Einwohnern keine Existenzberechtigung mehr bezüglich ihrer Eigenständigkeit zu erwarten. Sollten diese Grundsätze der Regierung verwirklicht werden, so steht auch Raidwangen auf der "Abschlußliste". Bereits bei der zweiten Anhörungsrunde im Dezember des letzten Jahres wurde eine Stellungnahme dahingehend abgegeben, daß sich Raidwangen zwar zur Zugehörigkeit zum Verwaltungsraum Nürtingen bekennt, aber seine Selbständigkeit erhalten will. Die Gemeinde hat sich in der Vergangenheit bemüht, die notwendigen öffentlichen Einrichtungen zu schaffen, die für ihre Größe erforderlich sind. Inzwischen ist das Konzept für die dritte Anhörungsrunde bekannt geworden. Raidwangen erhält darin den geforderten Teilverwaltungsraum nicht. Ein solcher wird ggf. Großbottlingen mit Zuordnung von Raidwangen genehmigt. Nicht das erste Mal sind harte Worte gegen die Verwaltungsreform gefallen, weil hinter deren Notwendigkeit, Erfolg und Nutzen für die Bürger, ein Fragezeichen steht. In der Diskussion klang an, die Bevölkerung, Gemeinderäte und Bürgermeister der betroffenen Gemeinden sollten in dieser Sache aktiver sein und dadurch auch auf die politischen Parteien Einfluß nehmen. Auch in der demnächst zu erwartenden dritten und letzten Anhörung wird der Gemeinderat seinen bisherigen Standpunkt wohl auch mit Zustimmung der Bevölkerung, nicht ändern und keiner Lösung, die der Selbständigkeit entgegensteht, freiwillig zustimmen. Die Reformer sind allseits am Werk, so auch wieder im Schulwesen. In einem neuen Schulentwicklungsplan sollen die kleineren Grundschulen aufgelöst werden. Von den Schülern sind entsprechende Erhebungen für das Oberschulamt gemacht worden. Diese neue Planung ist auch die Ursache, daß der schon im Juli vergangenen beantragten Schulerweiterung bezüglich der Klassenräume vorerst nicht zugestimmt